

„Dann wollen wir einen Baustopp“

Angriffsziel Petrisberg: Kürenzer Initiative fordert Verkehrsentslastung

Von unserem Redakteur
JÖRG PISTORIUS

TRIER. Bauherren fiebern der Errichtung ihres Traumhauses entgegen, Unternehmer stehen Schlange für einen Platz im Wissenschaftspark – der Petrisberg in Trier brummt geradezu vor Aktivität. Doch die Bürgerinitiative „Lebenswertes Kürenz“ droht mit einer weiteren Klage und mit dem Super-Gau aus städtischer Sicht – einem generellen Baustopp.

Die erste Runde dieser Auseinandersetzung lief 2004. Die Bürgerinitiative (BI) zog gegen die Stadt vor Gericht, weil sie die steigende Attraktivität des Petrisbergs mit einer Zunahme der Verkehrsbelastung verband – vor allem in der ohnehin schon von Lärm und Abgasen gequälten Avelsbacher Straße. „Wir wollen die Umgehung“ – so lautet bis heute das Motto der BI, die seit der Kommunalwahl auch im Ortsbeirat vertreten ist.

Baudezernat nutzte die Chance

Doch diese Umgehung kann die Stadt Trier den Kürenzern nicht bieten. Zumindest nicht in den nächsten Jahren. Eine eher rudimentäre und sehr langfristige Planung lässt offen, ob und wann die Umgehung kommt und wie sie finanziert werden soll. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Koblenz musste ein Machtwort sprechen.

Das OVG rügte in seinem Urteil die Planung der Stadt, die hohe Belastung durch zukünftige Autokolonnen sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Drei Bebauungspläne auf dem Petrisberg wurden für unwirksam erklärt. Dennoch war dieses Urteil kein Sieg für die BI „Lebenswertes Kürenz“, denn das Gericht ließ der Stadt die Möglichkeit, diese Bebauungspläne kurzfristig wieder in

Kraft zu setzen, ohne dafür die ersehnte und sehr teure Umgehung sofort bauen zu müssen. Baudezernat Petzer Dietze nutzte diese Chance und bot den betroffenen Anwohnern Zuschüsse für den Einbau von Lärmschutzfenstern an. Dieses Konzept erfüllte die Auflagen des OVG, der Stadtrat stimmte zu – gegen die Stimmen der UBM und der Grünen. Der Petrisberg schien gerettet.

Doch die BI aus Kürenz denkt bereits über den nächsten Schlag nach, und der soll härter treffen als der erste. „Die angebotenen Lärmschutzfenster sind keine akzeptable Lösung“, sagt BI-Sprecher Richard Haas. „Diese Fenster haben viele Anwohner bereits auf eigene Kosten einbauen lassen, weil sie den ständigen Lärm nicht mehr ertragen konnten. Außerdem schützen diese Fenster unser Wohnumfeld nicht vor den Abgasen.“ Die Stadt bekämpfe die Symptome, nicht aber das Pro-

blem. Es bleibt dabei: „Wir wollen die Umgehung.“

Sobald die Bebauungspläne auf dem Petrisberg wieder in Kraft sind, will die BI wieder vor Gericht ziehen. Nur mit einem Unterschied: „Dann wollen wir im Gegensatz zum ersten Prozess einen Baustopp erwirken.“ Die dreijährige Zwangsrufe im BU 11 auf der Tarforster Höhe (der TVberichtete gestern) ist ein warnendes Beispiel für die Auswirkungen eines solchen Baustopps.

Jan Eitel, Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg (EGP), sieht solchen Drohungen gelassen entgegen. „Jeder Bürger hat das Recht, gegen einen Bebauungsplan mittels Normenkontrollklage vorzugehen. Die Lärmschutzsatzung entspricht genau dem, was das Gericht von der Stadt Trier gefordert hat. Warum also sollte das OVG bei einer erneuten Beurteilung zu einem anderen Schluss kommen?“

pr/fcg

KOMMENTAR

JÖRG PISTORIUS ZU: PETRISBERG

Die Gefahr ernst nehmen

Wenn der Petrisberg sich morgen in Luft auflösen würde und nur eine leere Fläche zurückbliebe, würde Kürenz immer noch unter dem hohen Verkehrsaufkommen von und zu den Höhenstadtteilen leiden. Das weiß auch die Bürgerinitiative.

Dennoch nimmt sie das Stadtquartier, dessen hohes Prestige der Stadt Trier viele Imagepunkte bringt, ins juristische Kreuzfeuer. Denn der Ruf nach einer Umgehung für Kürenz ist nur eines von vielen Verkehrsproblemen in der Stadt Trier. Aber ein Baustopp auf dem Petrisberg – das wäre eine Katastrophe. So nutzt die Initiative die Popularität des Konversionsgebiets, um auf ihr Pro-



blem aufmerksam zu machen. Eine effektive, aber gefährliche Vorgehensweise, denn auch nach einem Baustopp wird die Verkehrsbelastung weiterhin hoch sein. Doch solange die Stadt nicht mehr bietet als bezuschusste Lärmschutzfen-

ter, wird dieses Damoklesschwert über dem Petrisberg hängen bleiben. Diese Gefahr sollte die Verwaltung ernst nehmen und sich nicht zu sehr auf ihre Lärmschutzsatzung verlassen. Der Grünzug auf der Tarforster Höhe, ebenfalls ein Prestigeobjekt, war durch einen Rechtsstreit um die Oberflächenentwässerung drei Jahre lang lahm gelegt.

pr
j.pistorius@volksfreund.de